

HUBERTUS BUCHSTEIN Kanzlerwahl per SMS?

Demokratie ist eine anspruchsvolle Regierungsform und bedeutet nicht unerhebliche Zumutungen für alle, die an ihr beteiligt sind. Sie verlangt von ihnen Aufmerksamkeit, Zeit, Geld und Nerven. Insbesondere die bisherige Form der persönlichen Stimmabgabe im Wahllokal hat einen vielstimmigen Chor kostenbewusster Wahlreformer auf den Plan gerufen: sie sei teuer, ineffizient und stelle für den Wähler eine unnötige Belastung dar. Abhilfe versprechen sich viele nun von dem Vorschlag, den heimischen PC oder das Handy zur Stimmabgabe zuzulassen.

Online-Wahlen sind längst Gegenstand staatlicher Forschungsförderungspolitik sowie erster Pilotprojekte. Die weltweit erste rechtsgültige Online-Wahl fand im Frühjahr 2000 zu den Wahlen des Studentenparlaments in Osnabrück statt. Einige Monate später wurden in den USA die Vorwahlen der demokratischen Partei in Arizona *online* durchgeführt. Mittlerweile finden viele Gremienwahlen in den größeren amerikanischen Universitäten *online* statt. Es ist eine Art globaler Wettbewerb entstanden. Estland steht derzeit an der Spitze. Das dortige Parlament hat im November 2001 beschlossen, im Jahr 2005 als erstes Land der Welt seine Parlamentswahlen *online* durchzuführen. In der Schweiz, Österreich, England und Frankreich sind zum Einsatz von Online-Wahlen Regierungskommissionen gebildet worden. Innenminister Schily hat versichert, dass in Deutschland daran gearbeitet werde, die Online-Wahl im Jahr 2006 als zusätzliche Möglichkeit der Stimmabgabe versuchsweise anzubieten. Alle Parteien im Deutschen Bundestag unterstützen solche Pläne.

Die Argumente der Befürworter klingen zunächst viel versprechend. Zu der Erwartung, zumindest längerfristig die Kosten für

die Abhaltung von Wahlen senken zu können, ist eine Reihe weiterer Hoffnungen hinzugekommen.

Erstens soll mit dem Einsatz der Technik endlich der sinkenden Wahlbeteiligung etwas entgegenzusetzen sein. Man zielt dabei zunächst auf den mobilen Wähler, der am Wahltag beruflich unterwegs ist, Urlaub macht oder andere Freizeitpläne hat und sich von unterwegs einfach einloggen kann, um seine Stimme abzugeben. Man zielt auch auf den bequemen Wähler: *Vote in your underwear!*, so der Slogan einer amerikanischen Computerfirma. Und schließlich zielt man auf den neuen Typ des technikbegeisterten Jungwählers.

Zweitens wird die Stärkung der direkten Demokratie genannt. Sobald Wahlen zum Parlament erst einmal vom heimischen PC aus möglich sind, lassen sich im Prinzip auch »Sachfragen« direkt per Knopfdruck entscheiden. Es entfallen nicht nur in Kommunen und auf Landesebene die hohen Kosten von direkter Demokratie; auch wird es denjenigen, die ein Volksbegehren oder eine Volksinitiative starten wollen, mit Hilfe des Internets sehr viel leichter gemacht.

Der *dritte* Vorteil ist vielleicht am faszinierendsten: Mit Hilfe der neuen Technik könnten solche Wahlverfahren verstärkt zum Einsatz gelangen, die den Wählerwillen viel genauer berücksichtigen als das bisherige, die aber sehr kompliziert sind. Man denke zum Beispiel an die Möglichkeit, das Splitten des Votums (z.B. 60 Prozent für die SPD und 40 Prozent für die GRÜNEN) oder die im süddeutschen Raum verbreiteten Techniken des Panaschierens und Kumulierens ohne großen Aufwand auch bei Bundestagswahlen einzuführen. Wähler könnten außerdem die für ihre Stimme anfallende Wahlkampfkostenpauschale per Knopfdruck selbst verteilen. Kurz: Mit Hilfe des Computers wäre es möglich, den Wählerwillen noch authentischer

scher als bislang zur Geltung kommen zu lassen.

Ist also der Plan, politische Wahlen *online* durchzuführen, ein sinnvolles Ziel? Diese bilden immerhin den Kern der Legitimation demokratischer Systeme.

Kritiker der *Online*-Wahl führen häufig zwei Argumente an, um ihre ablehnende Haltung zu begründen. Zum einen verweisen sie auf das *Digital Divide*, also die Tatsache, dass auch auf absehbare Zeit große Teile der Bevölkerung nicht *online* sein werden. Diesen Einwand kontern die Anhänger, es sei nur eine vorerst zusätzliche Option, vergleichbar mit der Briefwahl. Die Kritiker befürchten zweitens, dass bei der Nutzung des heimischen PCs oder des Handys die in der Verfassung vorgeschriebene Geheimhaltung der Stimmabgabe nicht mehr gewährleistet ist. Schließlich liegt es dann in der Macht eines jeden Wählers, anderen Einblick in sein Wahlverhalten zu geben, woraus sich neue Möglichkeiten der politischen Erpressung und des Stimmenkaufs ergeben. Diesem Einwand begegnen die Befürworter mit dem Verweis auf die Briefwahl, bei der es abgesehen von einigen Ausnahmen wie jüngst in Dachau bislang keine größeren Probleme gab.

Eine sehr viel radikalere Variante der Relativierung des strikten Geheimhaltungsgebots konnte man bei der Debatte im estnischen Parlament im Herbst 2001 anlässlich des Gesetzes zur Einführung von *Online*-Wahlen kennen lernen. Die Anhänger der *Online*-Wahl boten hier eine »teleologische« Interpretation des Geheimhaltungsgebots: Die Geheimhaltung der Stimmabgabe sei – anders als das allgemeine und gleiche Stimmrecht – kein Wert an sich, sondern lediglich ein Mittel, um die private Stimmabgabe im Wahllokal ungestört zu ermöglichen. Wenn die ungestörte private Stimmabgabe dank neuer Technologien zukünftig auch auf andere Weise ermöglicht werden könne, dann sei dies nur zu begrüßen. Diese ingeniose Art der Parlamentsmehrheit in Estland, sich des strikten Geheimhaltungsgebots zu entledigen, gewinnt derzeit auch

unter Verfassungsrechtlern in anderen europäischen Ländern und den USA erste Freunde.

Die Entführung der Politik ins Wohnzimmer

Einige estnische Parlamentarier gingen sogar noch weiter. Dem Einwand, bei der ungeschützten Stimmabgabe handle es sich geradezu um eine Einladung zum Stimmenkauf, hielten sie ein konsequent neoliberales Bürgerverständnis entgegen: In der Demokratie sei es allein die Angelegenheit jedes einzelnen Bürgers, warum er wen wähle. Zu dieser Freiheit gehöre auch die Freiheit, seine Stimme im direkten Tausch gegen andere Güter abzugeben. Schließlich bedeute Demokratie im Großen gesehen auch nichts anderes als der Tausch von Stimmen gegen bestimmte Leistungen der Politik.

Derartige Argumente würden in der Bundesrepublik derzeit sicherlich auf wenig positive Resonanz stoßen. Unabhängig von aktuellen verfassungsrechtlichen Bedenken sind aber *Online*-Wahlen noch in einem sehr viel generelleren Sinn als Angriff auf die Legitimationswurzel der modernen Demokratie abzulehnen. Meine Kritik stützt sich auf drei Argumente:

Erstens geht es um das Vertrauen in die demokratischen Verfahren. Lässt sich der verschlüsselte Datentransfer vom Wähler zum Zentralcomputer tatsächlich garantieren? Wie wirksam kann man verhindern, dass Wahlergebnisse in Zentralcomputern manipuliert werden? Wie kann der Wähler am PC genau feststellen, ob er an einer rechtsgültigen Wahl teilgenommen hat oder auf eine Fälschung hereingefallen ist? Hinter diesen technischen Fragen steht eine grundlegendere Frage, die sich nicht technisch beantworten lässt: Können und wollen wir solche Risiken bei Wahlen überhaupt eingehen? Nehmen wir einmal an, die Verfahren wären in jeder Hinsicht sicher. Selbst in diesem – unwahrscheinlichen – Fall ist das Akzeptanzproblem von *Online*-Wahlen nicht gelöst. Denn schon ein (fälschlicherweise) von einer ausreichenden Zahl von Wählern *befürchtetes*

Sicherheitsproblem genügt, um die Legitimität von Wahlen zu untergraben. Vertrauen in ihre Verfahren ist aber die wichtigste Quelle moderner demokratischer Legitimität.

Gedruckte Stimmzettel wurden zwar auch gestohlen, hinzugefügt oder gefälscht. Sie lassen sich aber zumindest prinzipiell sicher aufbewahren und öffentlich auszählen. Für Fälschungen größeren Stils bedarf es mehrerer Verfahrensverstöße sowie einer Reihe von Mittätern und -wissern. Erfolgreiche Manipulationen im Internet hingegen zeichnen sich gerade dadurch aus, dass sie nur dem Täter bekannt sind und auch später nicht bewiesen werden können. Allenfalls Experten können einschätzen, wie sicher *Online*-Wahlen tatsächlich sind. Jede Leserin und jeder Leser kann sich an dieser Stelle selbst fragen, wie sie oder er reagiert hat, als sie von dem hohen Wahlergebnis der FDP in Sachsen-Anhalt vor einigen Monaten erfahren haben. Und sich dann die Anschlussfrage stellen, wie sie oder er reagieren würde, wenn der Computer sagt, ausgerechnet die NPD hätte bei der Bundestagswahl soeben aus dem Stand heraus die magischen 18 Prozent erlangt?

Zweifel werden sich einschleichen und ein Rest nicht ausräumbaren Misstrauens wird zurückbleiben. Das ist misslich. Denn auch die Richtigkeit des Ergebnisses ließe sich ja auf keine für alle gleichermaßen transparente Art und Weise dokumentieren. Misstrauen wird vor allem in solchen Situationen entstehen, in denen der Computer knappe oder überraschende Wahlausgänge liefert. Langfristig wird die *Online*-Wahl wegen ihrer geringen Transparenz die Legitimität von Wahlentscheidungen untergraben.

Zweitens sind die versprochene Schnelligkeit und die Möglichkeit spontaner Beteiligung an Abstimmungen eher unvorteilhaft für die Demokratie. Bei der bisherigen Stimmabgabe muss sich der Bürger entscheiden, ob er die Mühe des Ganges zum Wahllokal auf sich nehmen möchte. Dies wird er nur tun, wenn er die Wahlhandlung mit einem gewissen Ernst betrachtet. Insofern beinhaltet der bisherige

Wahlmodus eine Art »interessierten Zensus«. Auch bleibt dem Bürger beim bisherigen Verfahren etwas Zeit, sich über seine Entscheidung vorher Gedanken zu machen. Der demokratischen Willensbildung tut dies nur gut. *Online*-Wahlen hingegen leisten einer unreflektierten Spontaneität, mithin einem *Junk-Vote* Vorschub. Wenn man denn dem unzumutbaren Gang zur Wahlurne wirklich mit Anreizen begegnen will, dann wäre eine mit der Stimmabgabe verbundene Lotterie sicherlich ehrlicher, billiger und erfolgreicher als technische Spielchen.

Drittens droht eine weitergehende Privatisierung der Stimmabgabe. Bislang findet die Stimmabgabe an einem öffentlichen Ort statt – im Wahllokal. Ohne den diskreten Charme des Interieurs heutiger Wahllokale mit ihren Resopal-Platten und Papierflaggen in allzu republikanischen Farben malen zu wollen, symbolisiert doch allein die Tatsache, dass die Stimme in ritualisierter Form an einem *öffentlichen* Ort abgegeben wird, den Bezug der Wähler zu ihrem Gemeinwesen. Die *Online*-Wahl gleicht dagegen einer Entführung der Politik ins Wohnzimmer. Das bleibt nicht ohne Konsequenzen für das Selbstverständnis der Demokratie. Die elektronische Stimmabgabe wird die Erosion der öffentlich orientierten Staatsbürgerschaft vorantreiben und der Privatisierung der Politik in die Hände spielen. Die Bereitschaft, in seiner Wahlentscheidung auch gemeinwohlorientierte Aspekte zu berücksichtigen, wird bei einem zunehmend privatisierten politischen Publikum ebenso sinken wie die Beteiligung an der Wahl, die man mittels der *Online*-Wahl doch erhöhen wollte.

Mittelfristig mag die Einführung von *Online*-Wahlen die Verfahrenskosten der Demokratie senken. Der Preis, der dafür langfristig zu zahlen ist, wiegt aber um einiges schwerer: Auf dem Spiel stehen das Vertrauen in die Verfahren der Demokratie und ihre symbolischen Praktiken. Sind diese erst einmal verloren gegangen, können sie durch keinen noch so genialischen Mausklick wieder hergestellt werden.